

## Initiative für den arbeitsfreien Sonntag!

### CDU lehnt eine Initiative gegen verkaufsoffene Sonntage ab!

**Die CDU-Mehrheitsfraktion im Fuldaer Kreistag hat unsere Initiative zur Verringerung der verkaufsoffenen Sonntage abgelehnt!**

Besonders bedauerlich ist es, dass sich ausgerechnet die CDU gegen den Antrag der LINKEN.Offenen Liste zur Verminderung der verkaufsoffenen Sonntage ausgesprochen hat, zumal die SPD, Grüne und CWE Fraktionen ausdrücklich unseren Antrag unterstützten und zustimmten.

Folgenden Antrag hat die LINKE.Offene Liste im Fuldaer Kreistag eingebracht.

„Der Landkreis Fulda wendet sich entschieden gegen eine ausufernde Auslegung und Handhabung der bestehenden Regelungen für Sonntagsöffnungen im Einzelhandel. Der Landkreis Fulda begrüßt das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes wonach Ausnahmen von der Sonntagsruhe als solche erkennbar bleiben und Sonntagsöffnungen im Einzelhandel im öffentlichen Interesse stehen müssen.

Der Landkreis wird beauftragt mit den Gemeinden des Landkreises Gespräche zu führen um einheitliche Maßstäbe zu definieren, mit dem Ziel die Anzahl der verkaufsoffenen Sonntage im Landkreis deutlich zu minimieren.

Begründung:

Nach Bewertung der Allianz für den arbeitsfreien Sonntag ist die Bedeutung des freien Sonntags durch das

## AKTIV FÜR DEN FREIEN SONNTAG



Foto: Allianz für den arbeitsfreien Sonntag.

Urteil des Bundesverfassungsgerichts aufgewertet worden.

Im Sonn- und Feiertagsschutz konkretisieren sich dem Gericht zufolge verschiedene Grundrechte wie das der Religionsfreiheit, der körperlichen Unversehrtheit, des Schutzes von Ehe und Familie oder der Vereinigungsfreiheit.

Darin, dass Sonn- und Feiertage dem ökonomischen Nutzendanken eine Grenze ziehen und dem Menschen um seiner selbst willen dienen, sehen die Verfassungsrichter einen Bezug zum höchsten Verfassungsgut: der Menschenwürde.

Der freie Sonntag hat als Ruhe- und Erholungstag gleich in mehrerer Hinsicht positive Effekte: Er stärkt die Gemeinschaft, weil Menschen den freien Tag für gemeinsame Aktivitäten mit Familie und Freunden nutzen. Viele Menschen engagieren sich gerade am Sonntag ehrenamtlich.

Der Sonntag ist wichtig für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, um sich erholen zu können oder die Zeit für außerberufliche Belange und Aktivitäten zu nutzen. Nicht zuletzt hat der Sonntag als Tag des christlichen Gottesdienstes für Millionen Gläubige eine besondere geistliche Bedeutung.“

## AKTIV FÜR DEN FREIEN SONNTAG!

Unter diesem Titel setzen sich Gewerkschaften, Kirchen und Verbände für den freien Sonntag ein.

Der Allianz gehören unter anderem an bzw. unterstützen sie:  
Die katholische Arbeitnehmer Bewegung (KAB), der Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt (KDA) das Bonifatius Werk, das Kolpingwerk, die CAJ, der BDKJ, die kfd, und Gewerkschaften wie ver.di, GdP und die GEW.

<http://www.allianz-fuer-den-freien-sonntag.de/>

## Aus dem Inhalt:

### Seite 2:

- **Fraktionsgelder übermäßig erhöht!**
- **Strompreiserhöhungen durch die Rhön-Energie Fulda!**

### Seite 3:

- **Bahn und RMV erhöhen Preise! Kritik der LINKEN.**

### Seite 4:

- **Hessen: Schwarz - Grün. Kein Politikwechsel!**
- **Impressum**

### Gelder für Fraktionsarbeit:

## Fraktionen im Fuldaer Kreistag bedienen sich!

### Die Fraktionen im Fuldaer Kreistag beschließen für sich deutlich mehr Gelder. Die LINKE.Offene Liste lehnt eine solche Selbstbedienung ab.

Zur Finanzierung ihrer Fraktionsarbeit haben sich CDU, SPD, Grüne FDP und CWE ab 01.01.2014 für sich deutlich mehr Geld aus dem Kreistagsetat beschlossen.

Seit 2010 wurde je Fraktion 250,- Euro sowie pro Mitglied der Fraktion 25,- Euro monatlich vom Kreis gezahlt. Die Beträge wurden jedes Jahr

um einen Inflationsausgleich angehoben.

Davon wird nun abgewichen, stattdessen erhöht man die Beträge gestaffelt nach Fraktionsgröße. Die kleinste Fraktion erhält demnach 275,- Euro und die derzeit größte Fraktion 375,- Euro im Monat. Gleichzeitig erhöht man die Zuwendungen pro Mitglied auf 28,- und ab 2015 auf 30,- Euro pro Monat.

In Anbetracht der minimalen Lohn-erhöhungen, der geringen Sozialleistungen und der Tatsache, dass die Renten in diesem Jahr gerade mal 0,25 Prozent gestiegen sind, kann

man die geplante Ausgabensteigerung für die Fraktionen nur ablehnen. Steigerungen von 10 und mehr Prozent sind völlig inakzeptabel und werden von der LINKEN abgelehnt. Der Antrag der LINKEN.Offenen Liste, die Summe der Ausgaben maximal um einen Inflationsausgleich zu erhöhen, wurde mehrheitlich abgelehnt. Man darf gespannt sein, ob man sich bei den Haushaltberatungen, wenn es um Sozialleistungen, den öffentlichen Nahverkehr und andere Dienstleistungen für die Bürger geht, auch so großzügig verhält.

## Strompreissteigerungen kritisiert!

Der Fuldaer Kreistag hat einstimmig eine von der SPD Fraktion eingebrachte Resolution, die sich für eine Rücknahme der Strompreiserhöhungen ausspricht, an den Trägerausschuss der Rhönenergie Fulda GmbH verabschiedet.

Der Landkreis Fulda besitzt ca. 40 Prozent an der RhönEnergie Fulda GmbH. Für die Bürgerinnen und Bürger besteht ein großes Interesse an einem erfolgreichen wirtschaften, aber auch an einer sicheren und bezahlbaren Energie.

Beides ist nach Auffassung der LINKEN.Offenen Liste durch die derzeitige Geschäftsführung der RhönEnergie GmbH nicht gewährleistet.

Insbesondere die extremen Preiserhöhungen für Strom auch im Vergleich zu anderen Anbietern sind nicht

nachvollziehbar. Für viele Bürgerinnen und Bürger sind die Strompreiserhöhungen eine starke Belastung. Bereits die Erhöhungen in den vergangenen Jahren waren gegenüber anderen Wettbewerbern schon deutlich.

Für Bezieher von Arbeitslosengeld II sind die Preissteigerungen schon gar nicht mehr abzudecken. In Anbetracht der massiven Erhöhungen müsste sogar das Amt für Arbeit und Soziales den Beziehern von Sozialleistungen einen Wechsel hin zu preiswerteren Anbietern empfehlen. Dies kann nicht in unserem Interesse sein.

Denn auch im Interesse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollte alles daran gesetzt werden, dass die RhönEnergie Fulda erfolgreich ist.

**Miete und  
Energie:  
Bezahlbar  
für alle.**  
**DIE LINKE.**

[www.100-Prozent-sozial.de](http://www.100-Prozent-sozial.de)

**Ja zur  
Energiewende:**

**Aber unberechtigte Ausnahmen- und Befreiungsregelungen bei der Ökosteuer und der Energieabgabe müssen abgeschafft werden .**

## Bahn und RMV erhöhen Preise!

### Erneut drastische Verteuerung der Fahrpreise!

In den hessischen Sonderstatusstädten Fulda, Hanau, Marburg, Gießen, Wetzlar, Bad Homburg und Rüsselsheim wird eine „Stadtpreisstufe“ eingeführt. Die Preise für Einzelfahrkarten erhöhen sich in diesen Städten um 17%.

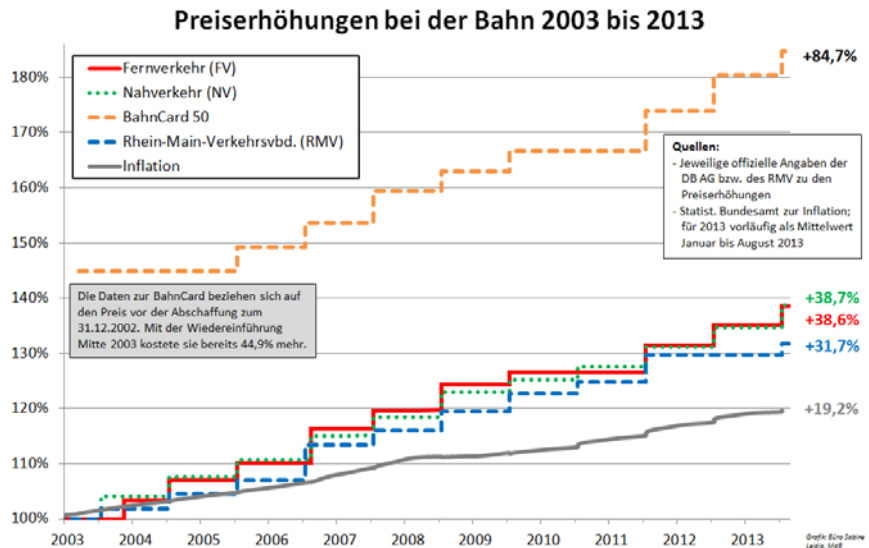
Auch im gesamten Kreis Fulda wird durch die Erhöhung der Preisstufen zwei und drei eine Preiserhöhung von 7,4% umgesetzt. Das ist ein Vielfaches der allgemeinen Teuerungsrate. Schon jetzt ist der RMV einer der teuersten Verkehrsverbünde Deutschlands.

Während beim Nordhessischen Verkehrsverbund NVV 38 Prozent der Kosten direkt über die Fahrgäste gedeckt werden, liegt die Quote der Fahrgasteinnahmen des RMV bei 58 Prozent. Und diese Quote versucht der RMV durch den Umbau der Tarifstruktur noch weiter zu erhöhen.

„Schon jetzt wurde für das kommende Jahr 2014 die Einführung von zwei weiteren Preisstufen angekündigt, die bewirken werden, dass teilweise für dieselbe Strecke nun eine Preisstufe mehr zu berappen sein wird“, so Karin Masche Mitglied der LINKEN. Offenen Liste im Fuldaer Stadtparlament.

### Zu den Fahrpreiserhöhungen bei der Deutschen Bahn sagt Sabine Leidig, Mitglied im Deutschen Bundes für die hessische LINKE:

„Die jährlichen Fahrpreiserhöhungen bei der Bahn sind eine Unverschämtheit. Die Kombination aus immer teureren Tickets bei immer geringerer Leistung macht aus dem Anstieg der



Ticketpreise einen wirklichen Skandal.

Gleichzeitig hat die DB Fernverkehr AG den operativen Gewinn allein von 2011 zu 2012 von 157 auf 364 Millionen Euro mehr als verdoppelt. 2016 sollen es laut Planungen der DB AG schon mehr als 600 Millionen Euro sein. Das heißt im Klartext: Die Fahrgäste finanzieren die Gewinne der DB AG“, so Sabine Leidig, Verkehrspolitikerin der Fraktion DIE LINKE, anlässlich der anstehenden Fahrpreiserhöhung bei der Deutschen Bahn am 15. Dezember.

Leidig weiter: „Rechnet man die Preiserhöhungen seit der Einführung des neuen Preissystems 2003 zusammen, so haben diese sich um fast 39 Prozent erhöht, inflationsbereinigt entspricht dies immer noch einer Erhöhung um 19,5 Prozent. Das bedeutet: Die DB-Fahrpreise sind über die letzten zehn Jahre doppelt so schnell gestiegen wie das generelle Preisniveau. Die BahnCard 50 wurde im gleichen Zeitraum sogar um fast 85 Prozent verteuert (von 138 Euro

Ende 2002 auf 255 Euro ab Sonntag).

Gleichzeitig hat die Bahn im Fernverkehr ihr Angebot radikal zusammengestrichen. An 368 Bahnhöfen, die abseits der Hauptstrecken liegen, wurde die Zahl der Abfahrten von 38.027 im Jahr 1999 auf 20.506 im Jahr 2012 reduziert, also fast halbiert. Auch zum Fahrplanwechsel am Sonntag wird es wieder massive Angebotsverschlechterungen geben, beispielsweise fallen erneut zahlreiche Autoreisezüge weg. Außerdem fehlt es überall an Reservekapazitäten, was zahlreiche Zugausfälle und Verspätungen zur Folge hat.

Durch diese drastische Tarifentwicklung bei stetig steigenden Lebenshaltungskosten, vor allem in Großstädten und Ballungsräumen, werden besonders die unteren Einkommensgruppen von öffentlicher Mobilität zunehmend ausgeschlossen.“

Auszüge zur Stellungnahme der hessischen LINKEN:

## Schwarz-Grün in Hessen!“

**Ein Politikwechsel für soziale Gerechtigkeit und die Abwahl von Ministerpräsident Bouffier waren nach der Landtagswahl möglich.**

„Warum ist der Politikwechsel gescheitert?“, fragen viele Wählerinnen und Wähler von SPD, Grünen und der LINKEN, die dringend auf eine Verbesserung ihrer Lebenssituation gehofft haben.

Knackpunkt der Sondierungsgespräche, die wir über 20 Stunden lang mit SPD und Grünen geführt haben, war immer wieder die Finanzpolitik. Noch im Wahlkampf haben auch SPD und Grüne Mehreinnahmen gefordert, weil ohne eine andere Steuerpolitik die „Schuldenbremse“ nicht eingehalten werden kann. Davon wollten sie jetzt nichts mehr wissen.

Mehr soziale Gerechtigkeit für weniger Geld? Geht das? Nach der Wahl verzichtete die SPD auf der Bundesebene noch vor ihren ersten Gesprächen mit der CDU auf die Forderung nach einer Vermögensteuer, die dem Land Hessen eine Milliarde Euro Mehreinnahmen pro Jahr gebracht hätte. Der hessische SPD-Vorsitzende, Thorsten Schäfer-Gümbel, der im Bund zeitgleich mit der CDU verhandelte, hat den Politikwechsel in Hessen aufgegeben, um die Große Koalition in Berlin möglich zu machen.

Und die hessischen Grünen? „Wer Linkspartei wählt, läuft Gefahr, mit Bouffier aufzuwachen. Wir brauchen in Hessen den inhaltlichen Wechsel“, so die Grünen vor der Wahl. Tatsächlich waren es besonders die Grünen,

die in den Sondierungsgesprächen mit der SPD und uns auf Einsparungen im Haushalt durch Stellenkürzungen vor allem im Bildungsbereich bestanden. Schlimmer kann ein Wahlbetrug nicht ausfallen: Auch die Grünen wissen, mehr soziale Gerechtigkeit für weniger Geld geht nicht.

### Das Scheitern lag nicht an den Kernforderungen, sondern an den „Minimalforderungen“

In detaillierten Gesprächen haben wir als LINKE große Übereinstimmung in den Bereichen Arbeit (Tariftreue – und Vergabegesetz, Ausweitung der Mitbestimmung), Bildung, Energiewende, Wohnen und direkte Demokratie festgestellt. Wir haben von Anfang an deutlich gemacht, dass wir unsere Kernforderungen nicht auf Biegen und Brechen durchsetzen, sondern Schritte in diese Richtung verbindlich vereinbaren wollen:

- Schaffen von 30.000 Lebensunterhalt sichernden Arbeitsplätzen zu einem Mindestlohn von mindestens zehn Euro, statt prekärer Beschäftigung, mit einer Milliarde Euro jährlich aus der Vermögensteuer.
- Ausbau des öffentlich geförderten Wohnungsbaus, um Mieten für alle erschwinglich zu halten. Das bedeutet: jährlich 4.000 neue Sozialwohnungen und 2.000 Wohnungen für Studierende und
- eine gute Bildung für alle Kinder in einer Schule für Alle. Das bedeutet: bessere Ausstattung der Kitas und Schulen, in der Legislaturperiode müssen unter anderem 7.000 neue Lehrerinnen und Lehrer eingestellt und Klassen kleiner werden.

An diesen Forderungen sind die Gespräche nicht gescheitert, sondern an unseren Minimalforderungen: Wir haben im Wahlkampf gesagt, dass wir Bildungs- und Stellenabbau ebenso wenig mittragen können wie weiteren Sozialabbau. Das haben wir immer gesagt und kann jetzt nur jemanden überraschen, der nach der Wahl seine Versprechen sofort wieder vergisst. Für DIE LINKE heißt Verlässlichkeit, nach der Wahl genau das zu tun und zu sagen, wie vor der Wahl im Wahlkampf: „DIE LINKE beteiligt sich nicht an Regierungen, die Sozialabbau, Privatisierungen und Stellenabbau betreiben.“

Impressum:

**DIE LINKE.Offene Liste**

**Bettina Licht**  
**An der Röthe 16**  
**36145 Hofbieber**

[kontakt@die-linke-fulda.de](mailto:kontakt@die-linke-fulda.de)

[www.linke-kreis-fulda.de](http://www.linke-kreis-fulda.de)

### Ihre Abgeordneten im Fuldaer Kreistag:

Michael Wahl



Pia Hainer

